

Stettiner



Beitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, den 1. Mai 1885.

Nr. 200.

Deutscher Reichstag.

89. Plenar-Sitzung vom 30. April.

Am Tische des Bundesrates: Staatssekretär von Burchard nebst Kommissarien, vorübergehend auch Reichskanzler Fürst v. Bismarck.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 2 $\frac{1}{4}$ Uhr mit geschäftlichen Mitteilungen.

Tagessordnung:

Das Haus beschäftigt sich zunächst mit Wahlprüfungen.

Nach dem Vorschlage der Kommission sollen die Wahlen der Abgg. Benzig (nat.-lib.), Bayer (Volkspartei), Lorenzen und Lüben (beide deutschfreis.) für gültig erklärt werden. Dasselbe ist der Fall bezüglich der Wahlen der Abgg. Wörmann (nat.-lib.), Merbach (Reichspartei), von Estorff (Wilder) und Dr. Witte (deutschfrei.), doch sollen noch Ermittlungen über vorgeschlagene Unregelmäßigkeiten angestellt werden; letzteres soll auch geschehen, bevor die Gültigkeit der Wahlen der Abgg. v. Wurmb (Reichspartei), Dr. Haarmann (nat.-lib.) und Ebert (deutschfrei.) ausgesprochen wird.

Bezüglich der Wahl des Abg. Ziegler (nat.-lib.) beantragt die Kommission, einen früheren Beschluss auf Beranlassung von Ermittlungen durch den erstatteten Bericht für erledigt zu erklären, während bezüglich der Wahl des Abg. von Lyszkowski (Pole) die Ungültigkeit ausgesprochen werden soll.

Bei Beratung des Kommissionsbeschlusses bezüglich der Wahl des Abg. Merbach erklärt Baudenkmässer Geh. Rath Ehrenstein, daß er den Beschluß der Kommission, die bezüglichen Verbote von sozialdemokratischen Versammlungen seien ungültig gewesen, nicht als berechtigt ansiehen könne, während Abg. Kayser (Sozialdem.) entgegen dem Antrage der Kommission die Ungültigkeitsklärung beantragt, da erhebliche Unregelmäßigkeiten und Fälschungen vorgenommen seien.

Abg. v. Kölker (deutschfrei.) tritt diesen Ausführungen entgegen und erklärt, daß der Abg. Kayser am wenigsten Beranlassung habe, das Verfahren der Behörden in abfälliger Weise zu kritisieren, da er in dem in Rede stehenden Falle als Gegenlandrat beteiligt gewesen.

In der weiteren Diskussion tritt Abg. Dr. Brbr. v. Heeren an (Zentrum) für die Kommissionsbeschlüsse ein, während die sozialdemokratischen

Abgg. Auer und Stolle sich in ähnlichem Sinne wie ihr Fraktionsgenosse Kayser äußern und Abg. Günther-Sachsen (Reichspartei) die beteiligten sächsischen Wahlvorsstände gegen die von den Rednern der sozialdemokratischen Partei erhobenen Vorwürfe der Parteilichkeit energisch protestiert.

Das Haus tritt wie in den zuvor erledigten Fällen dem Beschuß seiner Kommission bei.

Es folgt die Beratung des Beschlusses der Kommission bezüglich der Wahl des Abg. v. Lyszkowski; hierbei beantragt Abg. Dr. Zieber (Zentrum), die von der Kommission vorgegeschlagene Erhebung von Ermittlungen über gewisse Vorfälle bei der Wahl noch auf einige weitere Punkte auszudehnen, da eventuell Wahlbeeinflussungen vorliegen würden, die von Beamten in ihrer amtlichen Eigenschaft ausgegangen seien.

Es entwickelt sich über diese Angelegenheit eine längere Diskussion, an welcher sich Redner aller Parteien beteiligen; da jedoch die behaupteten Übergriffe gar nicht im Interesse des Abg. v. Lyszkowski erfolgt sind, erklärt das Haus schließlich die Wahl entgegen dem Antrage der Kommission für gültig.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr.

Tagessordnung: Fortsetzung der zweiten Beratung der Zolltarifnovelle, sowie des Unfallversicherungsgesetzes.

Schluss gegen 5 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenkammer.

61. Plenarsitzung am 30. April.

Das Haus ist ziemlich gut gefüllt, während die Tribünen nur mäßig besetzt sind.

Am Ministerische: v. Scholz, v. Buttkamer und Kommissarien.

Präsident v. Kölker eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{4}$ Uhr mit den üblichen geschäftlichen Mitteilungen.

Tagessordnung:

Den einzigen Gegenstand bildet die zweite Beratung des Antrages des Abg. Freiherrn von Huene (Zentrum) auf Annahme eines Gesetzentwurfes betreffend Ueberweisung von Beträgen, welche aus landwirtschaftlichen Zöllen eingehen, an die Kommunalverbände.

§ 1 lautete in der Fassung des Antragstellers: "Von den auf Grund des § 8 des Reichsgesetzes vom 15. Juli 1879 auf Preußen entfallenden Summen soll ein Betrag, welcher dem nach dem Maßstabe des erwähnten Reichsgesetzes auf Preußen entfallenden Anteile aus dem Ertrag der Getreide- und Viehzölle entspricht, abzüglich eines Betrages von 15,000,000 Mark, nicht zu allgemeinen Staatszwecken verwendet, sondern nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen den Kommunal-Verbänden überwiesen werden."

Die Kommission, in welcher der Gesetzentwurf beraten worden, hat dem Paragraphen folgende Fassung gegeben:

"Von den auf Grund des § 8 des Reichsgesetzes vom 15. Juli 1879 auf Preußen entfallenden Summen soll ein Betrag, welcher dem nach dem Maßstabe des erwähnten Reichsgesetzes auf Preußen entfallenden Anteile aus dem Ertrag der Getreide- und Viehzölle entspricht, abzüglich eines Betrages von 15,000,000 Mark, nicht zu allgemeinen Staatszwecken verwendet, sondern nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen den Kommunal-Verbänden überwiesen werden."

Die Abgg. Ludowici, Dr. Ennecerus (beide nat.-lib.) und Genossen kontrahieren für den Paragraphen folgende Fassung:

"Die auf Grund des § 8 des Reichsgesetzes vom 15. Juli 1879 auf Preußen entfallenden Summen sollen nur insoweit zu allgemeinen Staatszwecken verwendet werden, als sie den Betrag von drei und einer halben Monatsrate der Grund- und Gebäudesteuer übersteigen. — Der Betrag von drei und einer halben Monatsrate der Grund- und Gebäudesteuer wird nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen den Kommunal-Verbänden überwiesen."

Abg. Dr. Delbrück (freikons.) will in dem Antrage der Kommission statt 15,000,000 Mark seien: 21,000,000 Mark; endlich beantragen die freikonservativen Abgg. Freiherr von Zedlitz-Neukirch und v. Tielemann-Labisch ein folgendes Folgendes für den § 1:

"Von den auf Grund des Reichsgesetzes vom 15. Juli 1879 auf Preußen entfallenden Summen soll ein Betrag von jährlich 20 Millionen Mark nicht zu allgemeinen Staatszwecken, sondern zur Erleichterung der Kommunal- und Schulosten verwandt werden. — Die Verwendung wird durch besonderes Gesetz geregelt."

Nachdem Referent Abg. Wessel (freikons.) mit wenigen Worten die Beschlüsse der Kommission zur Annahme empfohlen, meldet sich eine große Anzahl von Rednern theils für, theils gegen den vorliegenden Gesetzentwurf.

Zunächst spricht gegen denselben der Abg. Richter (deutschfrei.). Derselbe führt zunächst aus, daß angestellt der zweiten Lesung des vorliegenden Antrages die Stellungnahme einzelner Parteien ein völlig anderes Bild darbiete, als die erste Lesung ergab. Während der Finanzminister anfänglich die lebhaftesten Bedenken äußerte, sei die Stellung der königlichen Staatsregierung und ihrer Anhänger jetzt eine vollständig sympathische und die frühere gänzlich ablehnende Haltung der nationalliberalen Partei sei nun in das Gegenteil umgeschlagen. Redner bekämpft sodann den Antrag im Hinblick auf die unbefriedigende finanzielle Lage, indem er einerseits das in Preußen vorhandene durch eine Anleihe zu deckende Defizit betont, andererseits ausführt, daß in Folge der niedrigeren Erträge der Holz- und der Lederzölle die in Aussicht genommene an Preußen verweisbare Summe aus dem Reichshaushalt-Estat auf vielleicht 10 Mill. Mark sich herabmindern werde; es sei sogar zweifelhaft, ob auch nur diese Summe erreicht werden würde. Auf den eventuellen Ertrag der Börsensteuer dürfe man auch nicht allzu sicher rechnen, wenn man wisse gar nicht, wie die Stellung des Herrn Reichskanzlers der Börsen-

steuer gegenüber zur Zeit sei. Aber etwaigen höheren Einnahmen im Reiche würden auch größere Ausgaben gegenüberstehen, denn u. A. werde der Herr Kriegsminister größere Summen zu Pensionen und zur Relikten-Besorgung verlangen.

Wie die bezüglichen Auflösungen des Herrn Finanzministers im Herrenhaus bewiesen, werde unbedingt eine Vermehrung der Steuern von der Regierung angestrebt, und als geeignete Objekte für höhere Steuern würden Bier, Branntwein, Wein und Tabak genannt; auch mit der Einführung eines neuen Quittungsstempels habe sich der preußische Staatsrat bereits beschäftigt. Wie der jüngste Antrag Thaß-Lothringens auf Erhöhung der Tabaksteuer beweise, werde unbedingt auf das Tabakmonopol hingearbeitet; es handle sich jetzt nur um ein Handgeld für das Tabakmonopol. Redner bemängelt sodann die Bestimmungen über die Verwendung der überwiesenen Summen und über den Vertheilungsmodus. Die beabsichtigten Überweisungen würden den beteiligten Kommunen gar nicht zum Vortheile gereichen, vielmehr ihre Selbstständigkeit gefährden, da die überwiesenen Summen lediglich à discretion des Landrathes stehen würden. Redner bittet in Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage, in Rücksicht auf den Umstand, daß es sich hier um einen Erlass direkter Abgaben nicht handle und in Rücksicht auf die zweifellos zu erwartende Schädigung der Kommunen selber den Antrag Huene abzulehnen. (Beispiel links.)

Abg. Brbr. v. Huene (Zentrum) bezieht sich auf seine Ausführungen bei der ersten Lesung und wendet sich sodann gegen die Angriffe, welche der Vorredner gegen das Zentrum gerichtet. Der vorliegende Antrag charakteristisehlt keineswegs als ein taktisches Manöver, derselbe sei vielmehr eine naturgemäße Konsequenz des Finanz-Programms, welches das Zentrum seit dem Jahre 1879 verfolgt habe. Der eine Theil desselben, der Steuererlaß, sei perfekt geworden, daher sei es angezeigt, nun auch mit Ueberweisungen an die Kommunen vorzugehen. Was die Normirung der eventuellen Erträge betreffe, um die es sich hier handele, so könnten ja allerdings ganz positive Ziffern nicht beigebracht werden, da hier Verhältnisse der Zukunft in Betracht lämen. Über das Zustandekommen der Börsensteuer habe er doch eine andere Ansicht als der Vorredner; dieselbe werde sicherlich zur Wahrheit werden und aus ihr würde aus den Zöllen würden sich ausreichende Erträge ergeben. Wenn es nach der Meinung des Abg. Richter ginge, so würden dem Reiche überhaupt keine neuen Mittel erwachsen. (Sehr richtig! rechts.) Der Abg. Richter leugne, daß es sich hier um einen Steuererlaß handle; thatsächlich handle es sich aber doch um eine Entlastung der Kommunen und eine solche wirke doch ebenso, wie ein direkter Steuererlaß. Der nationalliberale Antrag, der sehr überraschend gekommen, sei für ihn und seine Freunde unannehmbar; ebenso bitte er die Anträge Delbrück und Zedlitz abzulehnen und bei seinem Antrage stehen zu bleiben. (Beispiel im Zentrum.)

Abg. Dr. Oenest (nat.-lib.) gibt eine längere Übersicht über die Geschichte der preußischen Finanzpolitik und sucht an der Hand derselben den Nachweis zu führen, daß die nationalliberale Partei stets an den alten preußischen Finanztraditionen festgehalten habe, von welchen auch die Regierung bereits abgewichen sei, indem sie bei den Steuererlassen die breite Basis der Klassesteuer verlassen habe. Redner wendet sich sodann gegen die schwankenden Ueberweisungen, welche in dem Antrage Huene eingeschürt werden sollen und in welchen er ein Danaergeschick erblicken zu sollen glaube. Was nur den Abänderungsantrag seiner Partei betreffe, so wäre derselbe ja vielleicht entbehrlich gewesen, wenn der Antrag Huene abgelehnt worden wäre; er bitte den Antrag seiner Partei anzunehmen.

Finanzminister Dr. v. Scholz vertheidigt die Regierung gegen den Vorwurf des Abg. Richter, als ob dieselbe zu dem Antrage Huene eine schwankende Stellung eingenommen, und erhebt Protest gegen die verschiedenen Unterstellungen, welche in der Presse bezüglich der Haltung der Regierung zu dem bezeichneten Antrage verbreitet worden wären; die Regierung habe keinen Augenblick gezögert, das, was ihr hier geboten wurde, im Interesse der Kommunen anzunehmen, und

diese Haltung entspreche vollständig ihrem bisherigen Programm; wogegen er sich nur stets ausgesprochen habe, das sei eine temporäre Ueberweisung, die zukünftig wieder rückgängig gemacht werden könnte. Was den nationalliberalen Antrag beträfe, so würde ihn die Regierung annehmen, falls er ernstlich aufrecht erhalten würde. Neue Einnahmen für das Reich würden allerdings angestrebt, wie das ja auch die Thronrede ausgesprochen; das Tabakmonopol würde sich jedoch nicht immer als ein so günstiges Agitationsmittel für die deutschfreisinnige Partei bewähren, wie das seiner Zeit der Fall gewesen. Dem Abg. Richter würde es ja gewiß nicht angenehm sein, wenn sich hier die konservative Partei, das Zentrum und die Nationalliberalen zu einer starken Majorität vereinigten, aber eine solche Koalition würde gewiß zum Segen des Vaterlandes gereichen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Graf von Schwerin-Puzar (deutschfrei.) führt dem Abg. Richter gegenüber aus, daß die konservative Partei durchaus keine prinzipielle Opposition gegen den Antrag Huene erhoben habe, den Redner, nachdem er das Prinzip des nationalliberalen Antrages, die Verteilung nach Maßgabe der besteuerten Grundfläche vorzunehmen, als ungerecht bekämpft anzunehmen bitte. (Bravo rechts.)

Abg. Ennecerus (nat.-lib.) protestiert gegen die Behauptung Richters, daß die Nationalliberalen ihre Meinung gewechselt hätten. Der nationalliberale Antrag entspreche ganz den von ihm Namen seiner Freunde in der ersten Lesung abgegebenen Erklärungen. In der Kommission sei ein ähnlicher Antrag abgelehnt worden. Redner wendet sich ausführlich gegen die Richterschen Ausführungen. Die finanziellen Bedenken der Deutschfreisinnigen verstehe er nicht. Es handele sich hier einfach darum, der Staatsklasse Mittel zu entnehmen und sie den nothleidenden Gemeinden zuzuweisen; das sei nur ein Akt der Gerechtigkeit. Die Unterstellung des Finanzministers, seine Partei nehme ihren Antrag nicht ernst, weist er mit Entrüstung zurück, er erkläre ausdrücklich, daß seine Freunde Mann für Mann dafür stimmen würden. (Große Heiterkeit.) Der Antrag Huene sei ein Danaergeschenk für die Gemeinden, wenn die Ueberweisung schwankender Beträge beibehalten werde. Der Antrag Huene wolle die Kommunalinteressen als Vorwand für die agrarischen Interessen benutzen. Redner erklärt sich gegen alle sonstigen Anträge und empfiehlt den seiner Partei zur Annahme.

Abg. Bachem (Zentr.): Er meine auch, daß der nationalliberale Antrag nur eingebracht sei, um dem Antrag Huene ein Bein zu stellen. Die Opposition der Deutschfreisinnigen halte er von ihrem Standpunkt aus berechtigt; die gemachten Einwendungen träfen aber nur zum Theil zu. Der Antrag Huene solle eine Ausgleichung der durch die Getreidezölle herbeigeführten Verhältnisse herbeiführen. Er bitte denselben anzunehmen.

Abg. Dr. Wehr (freikons.): Ein Theil seiner Freunde sei prinzipiell gegen den Antrag, ein anderer Theil erkenne denselben im groszen und ganzen an, wünsche aber einen anderen Vertheilungsmodus. Er müsse sagen, er habe zu wenig Vertrauen zum Zentrum, um ihm auf diesem Wege zu folgen. Der Antrag Huene verschlimmere die Defizitwirtschaft, welche die Stellung der Regierung schwäche und den Parlamentarismus stärke. Der nationalliberale Antrag sei unannehmbar. Der Vertheilungsmodus nach Maßgabe der Grund- und Gebäudesteuer sei für die östlichen Provinzen ganz unanwendbar.

Abg. v. Tielemann-Labisch (freikons.) stimmt in den wenigsten Punkten mit dem Vorredner überein. Der Antrag Huene bediene eine richtige, konsequente Fortsetzung der Steuerreform. Der nationalliberale Antrag hätte wahrscheinlich eine Majorität in der Kommission auf sich vereinigt, wenn er dort eingebracht worden wäre. Wie die Verhältnisse jetzt liegen, müsse man für den Antrag Huene stimmen. Um etwaigen Bedenken gegen die Huenesche Fassung Rechnung zu tragen, habe er indessen im Verein mit seinem Freunde von Zedlitz ein entsprechendes Amendement eingebracht. Darnach soll § 1 folgende Fassung erhalten: "Von den auf Grund des Reichsgesetzes vom 15. Juli 1879 auf Preußen entfallenden Summen soll ein Betrag von

jährlich 20,000,000 Mark nicht zu allgemeinen Staatszwecken, sondern zur Erleichterung der kommunal- und Schulosten verwandt werden. Die Verwendung wird durch besonderes Gesetz geregelt."

Die Diskussion wird geschlossen.

§ 1 wird unter Ablehnung aller gestellten sonstigen Anträge unverändert in der Kommissionssitzung angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Berathung.

Schluss 4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 30. April. Durch die bis jetzt übrigens noch nicht völlig klaren Nachrichten über ein weiteres Vorbringen der Russen in Asien wird an der herrschenden Situation wenig geändert. Denn einstweilen steht doch soviel fest, daß diejenigen Punkte, welche in den Depeschen als von russischen Truppen neuerdings befecht bezeichnet werden, noch innerhalb des russischen Reichs mit vollster Entscheidlichkeit als zu Turkmenien gehörig bezeichneten Gebiets liegen. Eine Überschreitung der afghanischen Grenze liegt also keinesfalls vor. Wenn die Angaben einzelner Blätter richtig sind, daß England der russischen Regierung seine Bereitwilligkeit erklärt habe, eine afghanisch-russische Grenzregulierung ganz nach russischen Ansprüchen einzutreten zu lassen, falls es jede Absicht auf Herat aufgebe, so würde Russland durch sein jüngstes Vorgehen sich jenes Zugeständnis nur, wenn auch etwas eilig, verschert haben. Wie weit die alarmirenden Nachrichten besonders englischer Blätter über provokatorische Absichten Russlands auf Wahrheit beruhen, läßt sich einstweilen nicht absehen. Eine solche Haltung würde mit seinem bisherigen Auftreten jedoch im krassen Widerspruch stehen.

Die Angelegenheit des "Bosphorus Egyptien" ist völlig im Sinne der französischen Forderungen geregelt. Es ist unschwer zu erkennen, daß England — denn dieses, und nicht Egypten ist der gedemüthigte Theil — dabei von dem Bestreben geleitet wurde, jede neue Komplikation um jeden Preis zu vermeiden. Andererseits erhellt aus dem Verlauf dieser Angelegenheit, daß ein anfänglich anmaßendes und schroffes Auftreten Englands dessen spätere völlige Nachgiebigkeit absolut nicht ausschließt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 1. Mai. In der gestrigen ordentlichen General-Versammlung der Aktionäre des Stettiner Konzert- und Vereinshauses teilte der Vorsitzende Herr Kommerzienrat Dr. Delbrück mit, daß der Abschluß der Baurechnungen erst der nächsten ordentlichen Generalversammlung in 1886 vorgelegt werden könnte, da die Bauten, zu denen die Einrichtung des Gartens &c. gehört, noch nicht beendet sind. Die Gesamtausgaben wären allerdings durch die während des Baues steigenden Ansprüche in Bezug auf Dekorationen &c. nicht unerheblich über den ersten Anschlag gewachsen, aber es sei mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß sie, inklusive des Anfangs des Gartengrundstückes, der Garteneinrichtung, der Umräumung, dem Bau der Veranda, dem ganzen Inventarium des Gartens und des Hauses &c. nicht 780,000 M. überstiegen. Dagegen betrug das eingezahlte Aktienkapital 501,000 M. und die hypothekarische Anleihe (von der Lebens-Versicherungs-Gesellschaft "Germania" à 4½ p.C.) 250,000 M., zusammen 751,000 M. Die fehlenden 29,000 M. würden aber ohne Schwierigkeit durch die der Gesellschaft gemachten Geschenke und durch den Überschuss des ersten Betriebsjahres gedeckt werden. In den 6 Monaten und 14 Tagen seit der Eröffnung (am 18. Oktober v. J.) betrugen die Bruttoreinnahmen 24,214 M., die Ausgaben 9844 M., die Netto-einnahme also M. 14,370.48. Die Ausgaben wurden sehr erhöht durch die Kosten des Gas, für welches 4219 M. verausgabt sind. Das Gartengrundstück ist dadurch noch um 1200 Q.-Meter vergrößert, daß seitens der Stadt der Gesellschaft der angrenzende Theil der Fortsetzung der Schillerstraße auf 5 Jahre kostenfrei überlassen ist gegen die Bedingung der Freilassung einer Ecke des Grundstückes der Gesellschaft, wenn die Fortsetzung der Bebauung dieser Straße erfolgt, was freilich noch in weiter Ferne liegen dürfte. Das ganze Gartengrundstück ist ca. 4100 Q.-Meter (über 1½ Morgen) groß. — Die Decharge wurde auf Antrag der Revisoren ertheilt. Die statutenmäßig ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsraths wurden wiedergewählt mit Ausnahme des Herrn Dr. Dohrn, der sein Amt niedergelegt hat. An dessen Stelle und für die Herren Heegewaldt und Kanzow, welche nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen nicht gleichzeitig Mitglieder des Aufsichtsraths und des Vorstandes sein dürfen, wurden durch Ablamimation gewählt die Herren von Reide, Hans Haase und Dr. Bauer, welche die Wahl annahmen. Ebenso wurden einstimmig gewählt zu Revisoren die Herren Brauereibesitzer Meyer und Karl Krüger jun., und als Stellvertreter Herr Callani. Schließlich genehmigte die Versammlung noch die Zusammensetzung einer Kommission zur Abänderung der Statuten gemäß den Vorschriften des neuen Aktiengesetzes, nach den desfaltigen Vorschlägen des Vorsitzenden.

Am Tage von Kaisers Geburtstag hat sich in unserer Stadt auch ein Verein ehemaliger Neumärker Dragoner gebildet, dessen Zweck kameradschaftlicher Verkehr, Pflege patriotischen Geistes und gegenseitige Hülfe

ist. Vorsitzender des Vereins ist der Bureau-Besitzer Stoltermann.

Wir thilften bereits unseren Lesern mit, daß in Folge Konkurses der Treptower Vorschlags-Kasse den 1157 Mitgliedern der Kasse die Pflicht auferlegt ist, die zur Deckung der Schulden erforderlichen 420,202 Mark aufzubringen und daß von dem Konkursverwalter Stark in Greifenberg bereits den noch lebenden Mitgliedern aufgegeben ist, die auf sie fallende Quote von 380 resp. 280 Mark binnen 14 Tagen zu zahlen. Man kann sich das Elend vormalen, das durch diesen Zahlungsbefehl bei den meisten der Betroffenen eingetreten ist. Seit 1878 ist die Kasse im Konkurs, der den Director Golchert, einen früheren Förbermeister, zum Wahnsinn trieb, und heute nach 7 Jahren werden die ehemaligen Mitglieder, selbst wenn sie nicht mehr als 3 Mark Eintrittsgeld gezahlt und niemals die Kasse in Anspruch genommen hatten, mit diesem Zahlungsbefehl überrascht und in Not getrieben. Da viele der ehemaligen Mitglieder inzwischen verstorben, ausgewandert oder insolvent geworden sind, werden die von diesen nicht einzutreibenden Teilstücken natürlich von den restirenden zahlungsfähigen eingefordert und so dürfte sich bei den meisten die Zabiquote bedeutend erhöhen. Dass unter diesen Verhältnissen viele der meist wenig bemittelten Leute in bittere Armut und in den Konkurs getrieben werden, ist nur zu natürlich. Ein solches Opfer dieser Katastrophe ist der in unserer Stadt lebende amerikanische Zahnarzt Dr. Scheffler, der z. B. seines Aufenthalts in Treptow a. R. sich bewegen ließ, Mitglied der Vorschlags-Kasse zu werden. Trotzdem derselbe nur für ein Jahr, 1872, seinen Beitrag von 3 Mark bezahlte und somit 1873 nicht mehr Mitglied hätte sein dürfen — zumal er den Austritt mündlich und schriftlich erklärt —, wurde er dennoch nicht im Handelsregister als Mitglied gestrichen, sondern von der Direction, die sich wohl damals schon ihrer prekären Stellung bewußt war, stillschweigend als Mitglied behandelte und muß somit heute ebenfalls seine Quote und die etwa nachfolgenden zahlen. Herr Dr. Scheffler, der eine Familie von 11 Köpfen zu ernähren hat, hat sich aus dieser Gefahr, die event. seine Geschäftsgläubiger mittreffen würde, nicht anders zu retten gewußt, als beim Gericht seinen Konturs anzumelden. Und so werden leider Gottes gewiß noch manche andere Geschäftstreibende handeln müssen, um sich vor dem Verarmen zu bewahren.

Seit dem 22. April hat sich der Arbeiter August Laß aus seiner Kirchenstraße 13 belegenen Wohnung entfernt und ist seit dieser Zeit nicht wieder gesehen worden. Es wird angenommen, daß demselben ein Unglück zugesessen ist.

In der Nacht vom 25. zum 26. d. M. wurde aus einer Schlaframmer in dem Hause Oberwiel 67 eine silberne Zylinderuhr mit Goldrand und Messingkette im Werthe von 24 Mark gestohlen.

Heute Nacht 12 Uhr 44 Minuten passierte das 2. Bataillon pommerischen Fuß-Artillerie-Regiments Nr. 2 unsere Stadt, dasselbe begiebt sich zu den Schießübungen nach dem Lockstedter Lager.

— Schöffengericht. — Sitzung vom 1. Mai. — Der Schneider Joachim Fr. Willy Bleß aus Seehausen verlangte am Abend des 27. März von dem an der Langenbrück postirten Schuhmann, derselbe sollte ihm ein Unterkommen für die Nacht verschaffen. Als B. von dem Beamten nach der Polizei-Direktion gewiesen wurde, blieb er dabei, der Schuhmann müsse ihm Obdach besorgen und als ihm schließlich der Letztere diesen Gefallen thun und ihn wegen Ruhestörung zur Auktorie schaffen wollte, widerzte sich Bleß auf das Energischste und griff den Beamten auch thätigkeit an. Deshalb heute wegen Widerstandes angeklagt, wird B. zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Der Besitzer der im "Deutschen Haus" zur Zeit ausgestellten Meerjungfrau (Sirene), Herr Feldmann, befindet uns heute in unserer Redaktion und bewies durch amtliche Atteste und Referate berühmter Zoologen, daß das von ihm allerdings nur in ausgestopftem Zustande gezeigte Thier in der That zu der seltenen Spezies der Sirenen gehört. Das Thier ist vor einigen Jahren in Zanzibar (Afrka) gefangen worden.

"Der Mai ist gekommen...!" Und es geht in der That ein Maten durch die Natur, daß es das Herz im Leibe lachen macht! Eine so schön geschmückte Welt fand schon lange nicht ein "Erster Mai"! Wo sonst erst gegen Mitte oder gar in der zweiten Hälfte des Monatmonds die Jugendkraft des Frühlings aufs feurigste pulsirt, liegt diesmal schon der "Erste Mai" versenkt in einem Blüthenmeer.

Es kam der Lenz in Eis und Glanz Zur Hochzeitfeier der Natur; Schön schmückt ein weißer Blüthenkranz Den Baum und Busch in Wald und Flur.

In keinem Monat des Jahres ist auf dem größten Theile des Kontinents gleichzeitig das Frühlingsleben so gemein, wie im Mai, wo selbst die Bäume der ihre Eisfesseln abwerfen und der späte, aber sichere Frühling seinen Einzug hält. Deshalb ist der "wunderschöne Monat Mai", in dem die Knospen springen, in den Herzen die Liebe aufgeht und alle Voglein singen trotz aller Wetterumbilden, die er nur zu oft im Gefolge hat — man denke nur an die gefürchteten drei Eismänner: Mamertus, Pantratus und Servatius — überall und stets das Bild

der siegenden Jugendkraft der ewigen Natur über die nur zeitweiligen Fesseln des Schlafes im Winter, und er wird gewiß auch diesmal unter der freundlichen Geleite der Frühlingssonne jeden winterlichen Spuk im Keime unmöglich machen, zur Zeit der Eismänner die Elemente zu seiner Huldigung zwingen und sein Blüthen-Evangelium binaustragen in alle Welt, „zur Freud' und Wonne jeder Brust, — o Erd! o Sonne, Glück und Lust!“ Das Drängen nach Fortschritt und Entwicklung in der Pflanzenwelt und spezieller in Floras bunter Farbenpracht findet in der Thierwelt ein noch auffallenderes Seitenstück. Vor der höchsten Schicht der bewohnten Luft bis zur und unter die dunle Scholle hinab geht alles an das Tagewerk des Lebensreichs. Alles, was da fliegt und singt und kriecht, atmet Liebe und minnt, daß es eine Lust ist. Selbst die Schwärme der winzigen Mücken, welche jetzt säulenartig am Abendhimmel bemerkbar sind, tanzen der Hochzeitstanz. Bienen und Hummeln summen und bunte Falter jagen summend über die in Maienpracht liegende Erde hin, und auch der tölpische Maikäfer im zugelöpfsten Nöckchen feiert mit drolligem Gebrumme die auf Wiesengrunde harrende Brut. Alles horstet, nistet und baut, durchdringen und erfüllt von dem alblebenden Trieb, der eben am lauesten sich offenbart im lieblichen Maienmonat, wenn die Maiglöckchen zur Hochzeitsfeier läutern!

Auf Grund der uns vorliegenden 20 Original-Atteste seitens hiesiger, sehr respektabler Firmen, die Löwinoths deutsche doppelte Buchführung eingeführt haben, können wir nicht unterlassen, die Herren Kaufleute und Gewerbetreibende auf diese Methode ganz besonders aufmerksam zu machen. Sämtliche Atteste haben vorgangsweise außerordentliche Kürze, Klarheit und Leichtfachlichkeit tritt hervor und halten sie in jeder Beziehung geeignet, die mangelfaßt einfache, sowie die komplizierte italienische Buchführung zu besiegen. Die ganze Einrichtung, einschließlich Unterweisung soll nur einen Zeitraum von 2—3 Stunden, und die Führung der Bücher nach dieser, auf doppelten Prinzipien beruhenden Methode monatlich 1 bis 2 Stunden beanspruchen. Die monatlichen Bilanzen schließen jeden Jährling aus. Auch hebt der Hamburger Handels-Senat in seinem Gutachten vom 28. Januar 1874 die Zweckmäßigkeit dieser Methode hervor. Wir freuen uns, auch auf dem Gebiete des Buchführungswesens merken.

Kunst und Literatur.

Die Planistin Dory Petersen-Burmeister hatte gestern bei ihrem Aufenthalt in Berlin die Ehre, zu einer Soiree im kronprinzenlichen Palais eingeladen zu werden. Sie spielte dort auf Wunsch des Kronprinzen, welcher sich längere Zeit mit der jungen Künstlerin von ihrem gemeinschaftlichen Lehrer, Professor Russell, unterhielt, "Lüthows wilde Jagd" und auf besonderen Wunsch der Kronprinzessin "Trockene Blumen" von Schubert. Frau Petersen gedenkt im Sommer im Verein mit der durch ihr Auftreten im königlichen Opernhaus auch hier bekannten Violinvirtuosen Madge Wickham eine Tournee durch die deutschen Bäder zu unternehmen.

Vermischte Nachrichten.

Einen Knaben mit zweierlei Augen fand der Lehrer einer ersten Volksschulklasse in Wien. Der Knabe, Namens Lorenz Hufnagel, besitzt ein rehbraunes und ein wunderschön blauefarbtes Auge. Das Sonderbare an der Sache ist aber, daß man diesen auffallenden Kontrast nicht sofort herausfindet, wie man meinen sollte, sondern, daß es erst eines eigenen Blickes hierzu bedarf. Der Lehrer stellte den Knaben mehreren Herren vor und nachdem er diese um dessen Augenfarbe befragt, behauptete der Eine, das Kind habe blaue, der Andere, es habe braune Augen. Der Klasslehrer entdeckte das Naturspiel erst nach drei Monaten Verlehr mit dem Kinde. Es beruht diese Eigentümlichkeit wahrscheinlich auf dem Umstände, daß wir immer gewohnt sind, nur einen Farbeneindruck von den Augen eines Individuums zu bekommen. Der Knabe ist übrigens sehr talentvoll und nach einer angestellten Probe sieht er auf beiden Augen gleich scharf.

(Vorbereitung von Bödelstisch.) Man nimmt 2 Pfund Zucker, 4 Pfund gewöhnliches Kochsalz, 16 Loth Salpeter und löst diese Salze in 6 Maß Wasser auf. Man nimmt 6 Pfund Salz, 1 Pfund Zucker, 6 Loth Salpeter, 12 Maß Wasser, verzetzt diese Ingredienzen ins Kochen, schäumt ab und läßt kalt werden. Wenn die Bödelbrühe durch den Gebrauch ziemlich erschöpft ist, so setzt man ihr den dritten Theil der obigen Ingredienzen hinzu und verzetzt sie nochmals ins Kochen. In diese Bödelbrühe taucht man das Fleisch, damit es sich in warmer Witterung halte, es bekommt dadurch eine schöne rothe Farbe.

Berantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 30. April. Die "Pol. Kor." verneint aus sicherer Quelle, daß in Wiener maßgebenden Kreisen von den Einzelheiten, welche ein ungarischer Kaiserzusammenkunft zu geben gewußt habe, nichts bekannt sei, und daß dieselben lediglich auf einer willkürlichen Kombination beruhen.

Best. 30. April. Der Staatsminister, Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten,

Dr. Lucius, aus Berlin, ist, um der Öffnung der dies stattfindenden Landes-Ausstellung beizuwohnen, hier eingetroffen.

Paris, 30. April. General de Courcy hat sich heute früh in Toulon nach Tonkin eingeschifft.

Eine Depesche aus Hanoi von heute meldet:

Die Chinesen haben Langson geräumt.

Rom, 30. April. Deputirtenkammer. Der Minister des Auswärtigen, Mancini, erklärte, er werde auf die vorgestern und gestern in Bezug auf die Kolonialpolitik der Regierung eingebrochen Interpellationen bei Gelegenheit der Berathung des rechtssitzirten Budgets antworten. Der Kammerpräsident erklärte sich Namens Catroll's damit einverstanden, die übrigen Interpellanten, Campanelli, Branca und Derenzi, erklärten ebenfalls ihr Einverständniß, vorausgesetzt, daß diese Budgetberathung nicht auf sich warten lasse. Mancini erwähnte, wenn eine Verzögerung in der Berathung des Budgets eintrete, könne man auch vorher über die Interpellationen berathen. Nicoletta beklagte, daß die Regierung das Parlament über einen so wichtigen Gegenstand im Dunkeln zu lassen sucht. Mancini wies diesen Vorwurf zurück und versicherte, daß die Regierung keinerlei anderes Engagement eingegangen sei, als die bereits bestehenden mit den zentralen Mächten, denen sie stets treu zu bleiben beabsichtigte.

London, 30. April. Die Nachmittagsblätter veröffentlichten eine Depesche aus Newyork von heute, wonach der Führer der Aufständischen in Panama, General Alzurna, seine Truppen auf Panama zurückgezogen hat, die Stadt ist von Truppen des Staates Columbia besetzt.

London, 30. April. Oberhaus. Lord Granville zeigt an, daß russische Botschafter v. Stadl habe ihm gestern mitgetheilt, die russische Regierung habe keine Kenntniß von dem Bormarsch russischer Truppen auf Meruthal, ein Telegramm Lumsden's, das gestern Abend eingegangen sei, erkläre das Gerücht von einer Besetzung von Meruthal für gänzlich unbegründet.

London, 30. April. Unterhaus. Der Kanzler der Schatzkammer, Childers, brachte den Vorschlag für den Staatshaushalt ein. Das Defizit des vorigen Finanzjahrs hat wahrschließlich 1,050,000 Pfund Sterling betragen, die Ausgaben für das laufende Finanzjahr werden, mit Ausschluß des geforderten Elfmillionen-Kredits, auf 88,800,000 Pf. Sterl., die Einnahmen auf 85,200,000 Pfund Sterling veranschlagt. Das Defizit des laufenden Finanzjahrs ist auf 3,750,000 Pfund Sterling und das Gemeinschaftsdefizit einschließlich des Elf-Millionen-Kredits und der Nachtragskredite, auf 14,900,000 Pf. Sterling veranschlagt. Vorgesetzten wird eine Erhöhung der Einkommensteuer auf 8 Pence per Pfund Sterling, ferner soll die Erbschaftsteuer wesentlich abgedämpft und auf die im Ausland liegenden Güter von in England ansässigen Personen ausgedehnt, ebenso soll das Eigentum der Korporationen besteuert und eine Stempelgebühr von 10 Shilling pro 100 Pfund für alle auf den Inhaber lautenden Wertpapiere eingeführt werden. Die Steuer auf einheimischen und ausländischen Spirit soll um 2 Shilling per Gallone erhöht, die Biersteuer um 1 Shilling per 36 Gallonen erhöht und die Weinzölle sollen in Gemäßheit des Spanien abgeschlossenen Vertrags abgeändert, ausländische patentirte Medikamente sollen denselben Reglements wie englische unterworfen, der Tilgungsfonds der 1883 freiteten Annuitäten soll suspendirt werden. Das Defizit wird hierdurch auf 2,812,000 Pfund herabgemindert, die Bedeckung dieses Defizites wird auf das nächste Jahr verschoben.

London, 30. April. Die "Pall Mall Gazette" schreibt, die Aussichten für Erhaltung des Friedens würden gegenwärtig als erheblich günstiger, wie bei Anfang der Woche betrachtet, man glaube, daß der Zwischenfall von Pulitschi durch die detaillirteren Depeschen, die jetzt eingingen sich in befriedigender Weise erklären werde, der selbe werde als erledigt angesehen werden, wenn die russische Regierung die Aktion des Generals Komarov rechtfertigen könne. Die Frage der Grenzregulierung sei bereits geordnet, die neuw. Grenzlinie laufe nördlich von Zulistan und Meruthal. Die Gerüchte von Absendung eines englischen Ultimatums nach Petersburg seien ungründet.

Stockholm, 30. April. "Svenska Telegram-Bureau" erklärt die gestrige Nachricht der Copenhagen "Nationaltidende", daß gegenwärtig in Folge der Initiative Frankreichs zwischen Schweden-Norwegen und Dänemark wegen einer Neutralität auf gemeinsamer Basis bei einem eventuellen englisch-russischen Krieg Unterhandlungen geführt würden, für unbegründet, die Initiative dazu sei lediglich von Schweden-Norwegen ausgegangen.

Moskau, 30. April. Die "Moskauer Zeitung" sagt, wenn England den Krieg nicht wolle, so müsse es Port Hamilton räumen, andernfalls sei Russland genötigt, mit der Besetzung von Herat zu antworten. Die "Moskauer Zeitung" glaubt, die Frage, ob der Friede erhalten bleibt oder Krieg ausbrechen werde, müsse sich in diesen Tagen entscheiden.

Nisch, 30. April. Die von Belgrad aus verbreiteten Gerüchte von einer Ministerkrise sind unbegründet, es fehlt jeder Anlaß dazu, da das Kabinett über eine große Majorität in der Slavisch-Tuna verfügt.

Simla, 30. April. Der Herzog und die Herzogin von Connaught befinden sich in Meeru und werden vorläufig in Indien verbleiben.

